

Interview
07. Juli 2022

**Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Wolfgang Kubicki, FDP,
Bundestagsvizepräsident.**

Barbara Schmidt-Mattern: Vor einem Jahr noch lag die bundesweite Sieben-Tages-Inzidenz bei den Corona-Neuinfektionen in Deutschland bei fünf Fällen pro 100.000 Einwohnern. Jetzt melden Städte und Landkreise bundesweit Inzidenzen in drei- bis vierstelliger Höhe. Nicht mehr ganz so aussagekräftig wie noch vor einem Jahr ist diese Zahl, aber die Tendenz ist deutlich. Besonders kritisch ist die Lage derzeit am Universitätsklinikum in Kiel.

Vor Beginn dieser Sendung habe ich über dieses Thema mit Wolfgang Kubicki gesprochen, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, FDP-Vizevorsitzender und seit Jahrzehnten in Kiel zuhause. Ich habe Wolfgang Kubicki zunächst gefragt, angesichts der Zustände am Universitätsklinikum in Kiel, was diese Entwicklung im Moment für Herz- und Schlaganfallpatienten bedeutet, die dadurch deutlich gefährdeter sind. Ich habe Wolfgang Kubicki gefragt, was sagen Sie den Betroffenen?

Wolfgang Kubicki: Zunächst einmal stelle ich fest, dass offensichtlich die einrichtungsbezogene Impfpflicht keine Wirkung entfaltet hat, denn sonst könnten sich nicht 70 Ärzte und 240 Pflegekräfte, die ja geimpft sind, so angesteckt haben, dass sie beim Dienst ausfallen. Wir müssen vielleicht mal über unsere Quarantäneregeln nachdenken, weil wir ja wissen, dass die Infektionszeit zwischen drei und neun Tage betragen kann. Das heißt, je schneller die Menschen wieder in ihren Dienst zurückkehren können, desto besser ist es. Aber dieses Problem haben wir bei allen Atemwegserkrankungen, bei großen Wellen, und übrigens auch bei der Grippewelle 2017/2018 gab es das gleiche Problem, dass Krankenhäuser teilweise schließen mussten, weil ihr Personal an Grippe erkrankt war. Dieses Problem wird man jedenfalls durch Corona-Maßnahmen nicht regeln können.

Schmidt-Mattern: Aber es wird ja auch nicht besser dadurch, dass es in der Vergangenheit auch schon solche Engpässe gab. Das Universitätsklinikum kündigt außerdem an, es wird auch zu Einschränkungen selbst bei nicht verschiebbaren Eingriffen kommen. Für Krebspatientinnen und Patienten ist so etwas zum Beispiel eine Hiobsbotschaft schon während der ganzen Pandemie. Nimmt die FDP auch diese Sorgen ernst?

Kubicki: Ja, die nehmen wir sogar sehr ernst. Deshalb sagen wir, wir müssen über die Quarantäneregeln nachdenken. Wenn die Infizierten nach drei Tagen nicht mehr andere anstecken können, dann können sie in ihren Dienst zurückkehren. Sie müssen nicht zehn Tage zuhause bleiben. Dies ist ein kurzfristiges temporäres Problem, weil wir ja wissen, dass fast 98 Prozent aller Mitarbeiter beim UKSH geimpft sind und selbst keine schweren Verläufe zu befürchten haben. Wir werden es jedenfalls nicht dadurch regeln, dass wir jetzt die ganzen Mitarbeiter in Krankenhäusern, in Alten- und Pflegeheimen kasernieren, damit sie nicht mehr in die Öffentlichkeit kommen können, und die Überlegung, wir lassen jetzt alle Menschen wie in China in ihren Wohnungen, bis das Virus vorbeigezogen ist, ist absurd. Wir sehen ja gerade an China, dass das auch nicht funktioniert. In der Tat so schnell wie möglich zurückkehren, wenn man sich über einen Schnelltest freigetestet hat, und dann ist das ein Problem von temporärer Natur.

Schmidt-Mattern: Gerade die FDP hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten (auch seit ihrem Eintritt in die Ampel-Koalition) vor allem damit profiliert, dass Sie argumentiert haben, wir dürfen die Menschen nicht zu sehr in ihrem Alltag einschränken und wir sind für einen vorsichtigen Umgang mit einschränkenden Maßnahmen. Können Sie dann verstehen, dass viele Menschen, auch Wählerinnen und Wähler Ihnen jetzt vorwerfen, dass die Infektionszahlen wieder so steigen: das hat auch mit dem Kurs der FDP in dieser Ampel-Koalition zu tun?

Kubicki: Das werfen uns nur Wählerinnen und Wähler vor, die die FDP nicht gewählt haben oder wählen wollen, vor allen Dingen die, die es böse mit uns meinen, weil das absoluter Unsinn ist.

Schmidt-Mattern: Das reicht ja schon.

Kubicki: Wir hatten die höchsten Infektionszahlen im März bei bestehender Maskenpflicht und teilweise Schließungen von Geschäften und Einrichtungen. Dort haben diese Maßnahmen die entsprechende Wirkung auch nicht gezeigt. Die Tatsache, dass jetzt Menschen sich im Sommer infizieren, hat was mit der Omikron-Variante zu tun, die sich leichter übertragen lässt, aber keine schweren Verläufe nach sich zieht. Und noch einmal: Dieses Problem ist ein temporäres Problem, weil die Menschen, die sich infizieren, die geimpft sind – wie ich auch dankenswerterweise – selbst nicht schwer erkranken und nach kurzer Zeit wieder in ihren normalen Alltag zurückkehren können. Das ist eine Phase von wenigen Wochen, denke ich mal. Das betrifft einige, das bedauere ich sehr, aber wir werden das Problem nicht dadurch lösen, dass wir jetzt Geschäfte schließen, die Kinder nicht mehr in die Schulen bringen und uns alle wieder Masken aufsetzen. Denn noch einmal: Die höchsten Infektionszahlen im März mit über 300.000 pro Tag hatten wir bei vollständig bestehender Maskenpflicht.

Schmidt-Mattern: Wenn Sie sagen, die Quarantäneregeln müssen verkürzt werden, wie schnell ließe sich das denn überhaupt auf den Weg bringen? Der Bundestag steht ja auch kurz vor der Sommerpause.

Kubicki: Das können die Länder und die Gesundheitsämter in eigener Zuständigkeit regeln. Wir haben ja bis zum 23. September ein gültiges Infektionsschutzgesetz, das den Ländern alle diese Möglichkeiten einräumt. Übrigens: die Gesundheitsämter können das selbst machen. Ich würde dafür plädieren, dass man nach dem dritten Tag anfängt mit Schnelltests, und die meisten Menschen – das wissen wir aus den bisherigen Studien – sind nach fünf Tagen wieder komplett frei, was die Weitergabe von Infektionen angeht. Dann, wie gesagt, müssen sie nicht zehn Tage zuhause bleiben, sondern können auch wieder in ihren Beruf zurückkehren, gerade in den Beruf, wo es darum geht, anderen Menschen zu helfen.

Schmidt-Mattern: Nun ist aber die Situation in Kiel so, wie sie ist, wenn wir dieses Beispiel noch einmal exemplarisch nehmen. Ähnliche Notstände könnten auch an anderen Kliniken noch kommen beziehungsweise es sind ja viele Pflegeheime schon in Not, wie der jüngste Wochenbericht des RKI gezeigt hat. Es gibt nicht wenige, die da einen Zusammenhang sehen zwischen der Kieler Woche, einem Massen-Event, die Mitte Juni in Kiel stattgefunden hat, und den jetzt explodierenden Zahlen in Kiel. Ist es angesichts dessen vielleicht doch nötig, Großveranstaltungen wieder einzuschränken?

Kubicki: Das glaube ich nicht. Ich glaube, wir hatten in Schleswig-Holstein und im Norden insgesamt ganz großes Glück, dass wir in der Spitze der Pandemie insgesamt relativ geringe Infektionszahlen hatten. Das wird jetzt quasi nachgeholt. Wenn wir uns auf andere Landstriche kaprizieren, beispielsweise in Thüringen und Sachsen, aber auch einige Teile von Bayern, wo auch Volksfeste stattfinden, da explodieren die Infektionszahlen nicht. Wir haben in Schleswig-Holstein momentan eine Infektionszahl von über tausend, bundesweit von 600. Daran kann man sehen, dass es in Deutschland regional unterschiedlich verteilt ist. Da wo früher die hohen Inzidenzen waren, sind sie jetzt niedriger, und das ist bei uns jetzt genau umgekehrt. Es kann auch etwas damit zu tun haben, dass durch die Urlaubszeit wieder Bewegung stattfindet, dass Menschen, die glauben, wenn die Sonne scheint, ist das Problem vorbei, und sich weniger sorgfältig verhalten, als es notwendig wäre. Ich kann nur dafür plädieren, dass jeder selbst am besten eine FFP2-Maske trägt, weil das der beste Schutz ist, und ich kann nur dafür plädieren, dass jeder sich impfen lässt. Dann ist er das Risiko eines schweren Verlaufes los. Aber der Staat kann das nicht allgemein vorschreiben. Wir haben im Evaluationsbericht die Aussage erhalten, dass diejenigen, die die Maske falsch tragen, sie gar nicht tragen müssten, weil sie keine Wirkung mehr entfaltet.

Schmidt-Mattern: Nun ist aber auch bekannt, dass es wieder mehr schwere Verläufe gibt, die in die Krankenhäuser und auf die Intensivstationen eingeliefert werden. Das heißt, es kann ja nicht nur helfen, wenn Sie sagen, wir lockern zum Beispiel die Quarantäneregeln und wir hoffen einfach mal, dass alle einen milden Verlauf haben. Die Zahlen zeigen ja jetzt schon, dass dem nicht so ist.

Kubicki: Ja, auch das ist bedauerlicherweise eine völlige Verkennung der tatsächlichen Zahlen. Wir haben momentan knapp tausend Menschen auf Intensivstationen. Im März beispielsweise hatten wir 4- bis 5000 Menschen auf Intensivstationen. Wenn Sie eine hohe Inzidenzzahl haben, werden Sie selbstverständlich auch – das sagen Ihnen alle Mediziner und Virologen – den einen oder anderen dabei haben, der aufgrund von Vorerkrankungen und anderen Dingen mehr einen schweren Verlauf hat. Ich gucke mir aber gerade mal die Zahlen in Schleswig-Holstein an. Dort haben wir seit Wochen

keinen signifikanten Anstieg der Belegungszahlen auf Intensivstationen oder der Beatmungen. Wir haben relativ viele Menschen mit Corona, positiv getestet, in den Krankenhäusern. Bei der Hospitalisierungszahl sind wir relativ weit oben. Aber auch das ist selbstverständlich. Wenn Sie mit Corona infiziert sind, ohne Symptome, sich den Arm brechen und in die Klinik kommen und getestet werden, dann haben Sie Corona.

Ich würde davor warnen, jetzt wieder eine Panik zu verbreiten. Ich glaube, wir werden mit dem Problem über den Sommer hinweg besser fertig, als Karl Lauterbach oder andere sich das momentan vorstellen. Vor allen Dingen die Furcht vor einer drohenden Herbstwelle teile ich nicht, weil ich glaube, wenn wir eine Sommerwelle haben, wird die Herbstwelle definitiv flacher werden, denn ansonsten würde die ganze Impfkampagne und unsere ganzen Vorsichtsmaßnahmen insgesamt keinen Sinn machen.

Schmidt-Mattern: Sie sprachen eben von Panik. Wen meinen Sie damit? Karl Lauterbach?

Kubicki: Na ja, er ist jedes Mal dabei, uns davor zu warnen, dass eine Killer-Variante uns im Herbst heimsuchen könnte. Ich würde dem Gesundheitsminister raten, zunächst einmal eine sinnvolle Datenerhebung vorzunehmen, die wir bisher nicht haben. Das ist ja auch das Ergebnis des Evaluationsberichts. Wir stochern nach wie vor im Nebel, obwohl das RKI von Gesetzes wegen verpflichtet ist (Paragraph eins und Paragraph vier des Infektionsschutzgesetzes), entsprechende Untersuchungen anzustellen. Sie machen das seit zwei Jahren nicht.

Und dann ist das Entscheidende, dass Karl Lauterbach vielleicht einmal das Gesundheitssystem darauf vorbereiten sollte, mit bestimmten Problemen fertig zu werden, beispielsweise die Kinderkrankenhäuser besser auszustatten, weil wir wissen, dass die respiratorischen Erkrankungen im Herbst zunehmen werden und dann auf nicht ausreichende Kapazitäten treffen werden, und vielleicht auch, sich wirklich einmal darum bemühen, den Arzt- und Pflegeberuf wieder attraktiver zu machen, so dass wir mehr Menschen wieder in den Kliniken haben. Vor allen Dingen auch den Pflegeberuf in Alten- und Pflegeheimen, denn momentan ist das unser Problem: der Personalmangel, und den zu beseitigen ist keine Frage von Corona-Maßnahmen, sondern eine Frage von Vernunft.

Schmidt-Mattern: Alles das würde jede Menge Geld kosten, die Vorschläge, die Sie da vorlegen, und Ihr Parteifreund und Finanzminister Christian Lindner will ab nächstem Jahr die Schuldenbremse wieder einhalten. Das würde schwierig werden. Kommen wir noch einmal zurück auf die Kliniken. Sie haben selbst schon die einrichtungsbezogene Impfpflicht unter anderem für Kliniken und Pflegeheime angesprochen, die dort offenbar nicht gut funktioniert. Brauchen wir vor diesem Hintergrund auch mit Blick auf den Herbst doch eine allgemeine Impfpflicht?

Kubicki: Sie ist ja sinnlos. Wenn ich damit keinen Fremdschutz bewirke, macht die Impfpflicht keinen Sinn. Wir sehen ja gerade in den Kliniken – Sie sprachen das UKSH an. Da haben sich Ärzte und Pflegerinnen und Pfleger, Krankenschwestern angesteckt und geben das auch weiter, obwohl sie mehrfach geimpft sind, geboostert sind und sich auch entsprechend verhalten. Was wir brauchen, ist eine Testpflicht für Alten- und Pflegeeinrichtungen, eine Testpflicht für Krankenhäuser. Niemand soll dort reinkommen, der nicht durch einen Schnelltest nachgewiesen hat, dass er kein Infektionsträger ist. Und wir brauchen in diesen Einrichtungen auch die Maske. Wir sind ja nicht grundsätzlich gegen die Maskenpflicht. Maskenpflicht in Alten- und Pflegeheimen, ebenfalls Maskenpflicht in Kliniken machen die Menschen schon aus Eigenschutz, aber das sollte man auch vorschreiben, weil wie gesagt dort die größten Probleme bestehen. Eine allgemeine Maskenpflicht macht keinen Sinn und eine allgemeine Impfpflicht macht erst recht keinen Sinn.

Schmidt-Mattern: Testpflicht – das heißt mit anderen Worten auch, Sie würden die drei Euro, die jetzt gerade erst eingeführt worden sind, die für die Mehrheit der Bevölkerung jetzt fällig werden mit jedem Test, diese drei Euro Gebühr würden Sie wieder aufheben wollen?

Kubicki: Ja. Ich halte diese Drei Euro Gebühr für eine Schnapsidee. Ich weiß gar nicht, wo die hergekommen ist.

Schmidt-Mattern: Vom Bundesgesundheitsminister und aus der Ampel-Koalition.

Kubicki: Sie sprechen das Richtige an. Das hat mich genauso überrascht wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag. Wir sind vorher nicht gefragt worden.

Schmidt-Mattern: Sie sind doch Regierungsfraktion. Das kann ja nicht sein.

Kubicki: Sie haben völlig falsche Vorstellungen darüber, wie Minister agieren. Wenn das Parlament nicht befasst werden muss, weil sie aufgrund eigener Verordnungen tätig werden können, dann befassen sie das Parlament damit auch nicht. Aber es macht tatsächlich keinen Sinn, Zuzahlungen zu fordern bei denjenigen, die in Einrichtungen arbeiten, und bei denjenigen, die diese Zugangstests brauchen, um ihren Beruf ausüben zu können. Das ist ja die Voraussetzung für ihre Tätigkeit. Es macht keinen Sinn, dafür drei Euro zu nehmen, abgesehen davon, dass der Verwaltungsaufwand der Überprüfung all dieser Ausnahmeregelungen – darauf hat ja die Kassenärztliche Bundesvereinigung, wie ich finde, zurecht hingewiesen – so unglaublich hoch ist, dass dort dem Betrug Tür und Tor geöffnet wird. Ich würde dafür plädieren – wir haben ja diese Woche noch Diskussionen darüber – diese drei Euro und diesen bürokratischen Aufwand komplett wieder abzuschaffen.

Schmidt-Mattern: Abschließend noch eine Frage, Herr Kubicki. Am 23. September läuft das geltende Infektionsschutzgesetz des Bundes aus. Das klingt nach viel Zeit, ist aber in Wahrheit sehr, sehr wenig, wenn man die Sommerpause des Bundestages bedenkt. Was muss zwingend aus Sicht der FDP in diesem neuen Infektionsschutzgesetz drinstehen?

Kubicki: Zunächst einmal, glaube ich, haben wir ausreichend Zeit bis zum 23. September. Die Länder können ja heute von ihren Regelungen bis dahin Gebrauch machen. Und Sie können sicher sein, dass der Deutsche Bundestag bis dahin auch ein funktionsfähiges neues Infektionsschutzgesetz verabschiedet haben wird. Wir haben die Sommerpause ja nicht dadurch, dass wir alle in den Urlaub fahren, sondern selbstverständlich werden dabei weitere Gespräche und Verhandlungen geführt. Es wird spätestens in der ersten September-Sitzungswoche ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der in der zweiten September-Sitzungswoche verabschiedet werden wird, also rechtzeitig, auch noch durch den Bundesrat. Da mache ich mir gar keine Gedanken. Ich kann Ihnen aber auf jeden Fall sagen, was nicht drin sein wird. Es wird nicht drin sein: Eine Ausgangssperre. Es wird nicht drin sein: ein flächendeckender Lockdown. Es wird nicht drin sein: branchenspezifische Schließungen. Es werden auch keine Schulschließungen drin sein. Über alles andere reden wir. Das ist keine Aussage, die ich alleine tätige. Ich habe gesehen, dass der Bundeskanzler die gleiche Aussage tätigt. Wir sind, und ich bin nach wie vor persönlich auch dafür, dass wir in bestimmten Einrichtungen die Maske vorschreiben. Das gilt für mich tatsächlich für Krankenhäuser und für Alten- und Pflegeheime, aber nicht allgemein. Und wir sollten vielleicht mal dazu übergehen, uns mit der Frage zu beschäftigen, wie die Medikamente, die mittlerweile entwickelt worden sind, eingesetzt werden können, dass wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir den Menschen erklären können, vielleicht durch wirklich mal vernünftige Filmchen, die bei der ARD, beim ZDF oder beim Deutschlandfunk gesendet werden – Filmchen ja nicht, aber Radiobeiträge – wie man eine Maske sinnvoll aufsetzt. Wenn ich unterwegs bin, sehe ich, wie viele Leute die Maske so tragen, dass sie sie gar nicht tragen müssten, teilweise unter der Nase, teilweise am Kinn, teilweise offen. Es ist einfach nur sinnlos. Und dann muss man den Menschen sagen, wenn ihr euch selbst schützen wollt – und dafür plädiere ich ja – setzt die Maske vernünftig auf, und vor allen Dingen, geht zur Impfung. Das beste was man machen kann ist die Impfung.

Schmidt-Mattern: Auch die Ampel-Koalition hätte ja längst mehr Aufklärungskampagnen starten können, auch zu diesem Thema. – Letzte Frage: Die Länder fordern bei der Pandemie-Bekämpfung mehr Handlungsspielraum für den kommenden Herbst. Werden Sie da Zugeständnisse machen als Ampel-Bundesregierung und vor allem als FDP?

Kubicki: Wir werden den Gesundheitsministern und den Ministerpräsidenten auf jeden Fall dokumentieren, dass bei allen ihren Entscheidungen, egal was im Infektionsschutzgesetz stehen wird, immer die Parlamente beteiligt werden müssen. Wir sind eine Demokratie! Eine Demokratie besteht nicht darin, dass Exekutivorgane wie Minister oder Ministerpräsidenten einfach etwas beschließen können, sondern das muss parlamentarisch in einem demokratischen Verfahren abgesegnet werden. Es wird diese Länderklausel geben. Die Länder können selbst darüber bestimmen, wenn die Parlamente dies entsprechend wollen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.